

Antrag 004: Rücknahme der Cannabis-Legalisierung

Antragsteller/in:	Frauen Union
Status:	zugewiesen
Sachgebiet:	O - Recht, Justiz und Verbraucherschutz

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die CDU Deutschlands fordert die Rücknahme der Legalisierung des Cannabiskonsums.
- 2 Im Einzelnen fordern wir die Bundesregierung dazu auf:
 - 3 • das Cannabis-Gesetz aufzuheben und den Besitz, Anbau und Vertrieb von Cannabisprodukten wieder vollständig zu verbieten und unter Strafe zu stellen,
 - 5 • umfassende Programme zur Aufklärung über die gesundheitlichen Risiken des Drogenkonsums zu entwickeln und umzusetzen,
 - 7 • strengere Kontrollen und Maßnahmen im Straßenverkehr einzuführen, um sicherzustellen, dass keine Personen unter dem Einfluss von Cannabis ein Kraftfahrzeug führen.

Begründung

Seit der Teillegalisierung von Cannabis sind vermehrt soziale, gesundheitliche und sicherheitspolitische Herausforderungen zu verzeichnen. Bedenken und Warnungen von Expertinnen und Experten aus den Bereichen Medizin, Pädagogik und Sicherheit, die vor den weitreichenden Folgen der Legalisierung warnen, nehmen zu. Der Schwarzmarkt hat sich intensiviert. Die erheblichen gesundheitlichen Auswirkungen insbesondere auf Jugendliche sind besorgniserregend. Suchtmedizinerinnen und -mediziner warnen vor erheblichen Gesundheitsschäden. Zudem handelt es sich bei dem Gesetz um die Erschaffung eines Bürokratiemonsters. Bereits verhängte Strafen müssen ggf. erlassen werden, die Abstandsregeln bedeuten für die Polizei eine erhöhte Kontrolle, die Lizenzvergabe und Anbaukontrolle obliegt den Ländern und verursachen hier weitere Probleme.